

**Finanzierung von
Selbsthilfeorganisationen**

**Änderungsantrag der Mitglieder im Ausschuss für Gesundheit der Fraktion
DIE LINKE.**

**zum Änderungsantrag 4 der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD auf
Ausschussdrucksache 19(14)51.5 zum Entwurf eines Gesetzes für schnellere
Termine und bessere Versorgung (Terminservice- und Versorgungsgesetz –
TSVG)**

Der Ausschuss für Gesundheit wolle beschließen:

Der Änderungsantrag 4 der Koalitionsfraktionen wird gestrichen.

Begründung:

Eine verlässliche und praktikable Finanzierung ist für die Arbeit von Selbsthilfeorganisationen entscheidend. Über die Pauschalfinanzierung der Krankenkassen hinaus ist eine kassenindividuelle Projektförderung möglich. Hier soll im Änderungsantrag 4 der Koalitionsfraktionen eine kassenartenübergreifende Zustimmung zur Projektförderung eingeführt werden.

Lebendige und selbstbestimmte Selbsthilfeorganisationen und -verbände sind für viele Erkrankte eine große Hilfe und unterstützt die Vertretung von Patienteninteressen in der Selbstverwaltung des Gesundheitssystems. Für die Fraktion DIE LINKE ist die Stärkung von Selbsthilfe und Patientenvertretungen ein besonders wichtiges Anliegen. Ohne die Stimme von Patientinnen und Patienten sollten keine Entscheidungen über Behandlungsqualität, Versorgungssteuerung und Leistungskatalog getroffen werden. Umso mehr irritiert, dass auch dieser Regelungsvorschlag offenbar ohne Absprache mit den betroffenen Organisationen und Verbänden vorgelegt wurde. Es erscheint nicht sinnvoll, ein nach schwieriger Anlaufzeit inzwischen eingespieltes Förderungssystem durch einen Schnellschuss wieder aufs Spiel zu setzen.

Wir unterstützen grundsätzlich das Anliegen, mehr Transparenz in der Selbsthilfeförderung durch Krankenkassen zu erreichen. Zusätzlich sollte die Finanzierung verlässlich und auch für kleine Selbsthilfegruppen erreichbar sein. Die Finanzierung sollte nicht davon abhängig sein, ob eine Gruppe sich professionelle Hilfe bei der Mittelakquise leisten kann.

Der von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Regelungsvorschlag droht jedoch, den bürokratischen Aufwand und damit die Hürden für die Mittelbeantragung noch zu erhöhen. Stattdessen sollte gemeinsam mit den betroffenen Organisationen und Verbänden über

bessere Wege der Selbsthilfeförderung nachgedacht werden, um Stabilität, Qualität und Unabhängigkeit der Selbsthilfe zu fördern.